

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdener Post: Nachdruck des Textes
Gesamtdrucknummer: 23241
Kas. Nr. Nachdruck: Nr. 20011
Schlüsselnummer u. Drucknummer:
Dresden - K. 1, Waisenstraße 20/22

Bezugspreise bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.00 RM. (einschließlich 10 Pfg. für Transport), nach Weichmann 2.00 RM. einschließlich 10 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichen Besuchen. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einseitige 20 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 20 mm breite Restanzeige 200 Pfg., auswärts 250 Pfg. abh. Mittenschiebung 11. Text, Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 25 Pfg., außerhalb 35 Pfg. Offiziellgebühren 20 Pfg. Wichtige Mitteilungen gegen Vorauszahlung.

Druck u. Verlag: Neidich & Weichardt,
Dresden, Neidich-Platz, 1008 Dresden
Nachdruck nur mit druckl. Genehmigung
(Dresden, Neidich-Platz, 1008 Dresden)
Schlüsselnummer u. Drucknummer
Schlüsselnummer u. Drucknummer

Rechenenschaftsbericht des Preiskommissars

Die Tätigkeit bis auf zwei Grenzgebiete beendet

Berlin, 4. März. Der Preiskommissar für Preisüberwachung, Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, sprach heute auf der Tagung des Reichsministeriums für Wirtschaftlichkeit über die Technik und Entwicklung der Preisüberwachung. Der Redner erklärte u. a., daß Höchst- und Richtpreise niemals Gegenstand einer amtlichen Preisüberwachung sein könnten, da diese Festsetzung zu eng verbunden sei mit einer Art Zwangsverwaltung. Ebenso habe er jede Schematisierung in der Festsetzung und jeden schematischen Eingriff in die Wirtschaft abgelehnt in der Erkenntnis, daß die Preisbildung in der Wirtschaft dem Gesetz höchster Elastizität unterliege. Dr. Goerdeler erklärte weiter:

Bis auf zwei Grenzgebiete habe er seine Tätigkeit abgeschlossen.

Auf dem Gebiete der Rohstoffe sei heute ein Eingriff nicht möglich, ebensowenig bei der Landwirtschaft, bei der das Preisniveau schon auf dem niedrigsten Punkt angelangt sei. Die Hauptstütze sei bei keiner Arbeit auf die Verteilungs- und Verteilungsapparate durch Ueberwälzung gestützt. Er sehe auf dem Standpunkt, daß es volkswirtschaftlich erträglicher sei, eine Ueberwälzung jetzt sofort abzubauen, auch wenn dies mit Opfern verbunden sei, als sie ewig mit sich herumzuschleppen. Dadurch ergäbe sich für die Gesamtwirtschaft ein unklarer Bild, das eine Stabilisation noch weiter erschwere. Eng mit allen diesen Fragen hängen die öffentlichen Lasten und Ausgaben zusammen. Er habe jede Gelegenheit benützt, darauf hinzuweisen, daß bei der Festsetzung dieser Faktoren von einem ganz anderen Gesichtspunkt ausgegangen werden müsse.

Au eine Senkung der öffentlichen Lasten könne nur herangegangen werden, wenn die Ausgaben Seite gleichzeitig reguliert werde.

Hier jedoch habe der Kommissar für Preisüberwachung keine

Machtmittel. Der härteste Block auf der Ausgaben Seite, so betonte der Redner weiter, sei die steigende Arbeitslosigkeit. Hier liege der Schlüssel für die Möglichkeit, die öffentlichen Lasten zu beeinflussen.

Das Problem der Arbeitsbeschaffung

Berlin, 4. März. Seit einigen Tagen befaßt sich der Reichswirtschaftsrat mit den verschiedenen Projekten, die zur Arbeitsbeschaffung aufgestellt worden sind. Alle diese Projekte trugen mehr oder minder den Charakter sogenannter „Anforderungsprojekte“, die teils aus erparten Arbeitslosenunterstützungen sowie aus einer Kreditausweitung erheblichen Umfangs wie auch aus der Auslegung besonderer Anleihen finanziert werden sollten. Offenbar steht man innerhalb des Reichswirtschaftsrates auf dem Standpunkt, daß sich bei der Entschlossenheit der Regierung, eine Gefährdung der Währung auf jeden Fall zu vermeiden, diese Projekte nicht recht zur praktischen Durchführung eignen und will daher ein eigenes Programm aufstellen, dessen Rahmen wesentlich enger gezogen werden soll. Es heißt, daß man es unter den gegenwärtigen Verhältnissen für schwer möglich hält, eine Zahl von einer Million Arbeitslosen oder auch nur die Hälfte durch organisierte Arbeitsbeschaffung wieder in den Beschäftigungsprozess einzugliedern, weil das eine großartige Finanzierungsprogramm voraussetze, die zur Zeit eben nicht möglich sei. Die bisherigen Erörterungen im Reichswirtschaftsrat haben sich im wesentlichen darauf erstreckt, die Arbeitsgebiete und Arbeitsaufgaben zu untersuchen, die für ein Beschäftigungsprogramm hauptsächlich in Betracht kommen. Dabei handelt es sich im besonderen um Spezialarbeiten für die Reichsbahn, für die Reichspost, für den Straßenbau, für Meliorationen usw. Man wird noch untersuchen, welche Geldmittel für Arbeiten dieser Art zur Verfügung gestellt werden könnten, und zwar unter Ausschaltung einer schädlichen Kreditausweitung.

„Sturm über Deutschland“

Unsere politisch tiefdurchwühlte Zeit ist reich an politischer Tagesliteratur, aber arm an Werken, die durch die Oberfläche des Geschehens stoßen und bis an die Wurzeln der Krise dringen, die das Staatsleben erschüttern. Um so mehr verdient ein solches Buch Beachtung, das der Vizekanzler und Reichsminister a. D. Dr. Eugen Schiffer unter dem Titel „Sturm über Deutschland“ veröffentlicht hat. Die Ueberschrift ist sehr modern. Aber sie gibt trotzdem keine richtige Vorstellung. Denn was geboten wird, ist mehr als die übliche Zustandsbeschreibung mit vieler oder keiner Tendenz. Es ist vielmehr die umfassendste, erschöpfendste und vielleicht auch schöpferischste Kritik an unserem Staatswesen, die in den letzten Jahren geschrieben wurde. Und das wesentliche daran ist, daß es kein Gegner des heutigen Systems, sondern einer seiner führenden Politiker ist, der sich aus liberalen Anschauungen zu solchen Erkenntnissen durchgerungen hat. Der Verfasser war in den ersten Nachkriegsjahren wiederholt als Vertreter der Demokratischen Partei in der Reichsregierung und spielte auch nach seinem Bruch mit der Parteidemokratie eine führende Rolle in der liberalen Vereinigung. Im übrigen hat er sich als hervorragender Jurist durch Veröffentlichungen auf diesem Gebiete einen Namen gemacht. In seinem letzten politischen Bekenntnis hat sich nun der 72jährige über alle Schranken hinweggesetzt und eine Bilanz gezogen, die mit Parteipolitik schließlich nichts mehr zu tun hat.

Schiffer nimmt die Weimarer Verfassung zum Ausgangspunkt seiner Betrachtung und zeigt die Gewalt des Sturmes, der über Deutschland hinwegweht an ihrem Schicksal. Auf allen Lebensgebieten stellt er die von der Verfassung aufgestellten Grundzüge der heutigen Wirklichkeit gegenüber und kommt zu der Feststellung, daß sie äußerlich den gegen sie anstürmenden Gewalten zwar getrotzt hat, aber eben nur äußerlich. Die Mauern, die in Weimar errichtet wurden, stehen; aber wie steht es hinter der Fassade aus? Schiffer gibt darauf die Antwort, indem er der Reihe nach den letzten Zustand oder Grundlagen bloßlegt, auf denen sich die Verfassung aufbaut: aus Ehe und Familie, Religion und Kirche, Privateigentum und Kapitalismus, Selbstverwaltung und Adressalismus, Demokratie und Parlamentarismus. Auf diesem Streifen durch das gesamte politische Leben der Gegenwart, der in geeignetem Zusammenhang auch alle aktuellen Probleme der Außenpolitik mit einbezieht, begegnet man einer Fülle von äußerst glücklichen Präzisionen, treffenden Vergleichen und zwingenden Thesen. Die Darstellung ist ruhig, humanitisch durchdringt, aber in ihrer wissenschaftlichen Ruhe doch wieder wuchtig. Und die Themen, die nacheinander angeschaut werden, wie Frauenfrage, Ehegestaltung, Scheidung, Eigentumsbegriff, Sozialversicherung, Arbeitslosigkeit, Berufswahl, Hochschulwesen, Berufsbeamtentum, Klassenkampf, moderne Handels- und Reparationspolitik, um nur einige zu nennen, sind nicht nur oberflächlich getreift, sondern gründlich durchgearbeitet. Man sieht ein Panorama der politischen Lage der Gegenwart von einem hohen und übersichtlichen Standpunkt aus.

Im Rahmen einer Besprechung ist es unmöglich, auf die Einzelheiten einzugehen; nur die Schlussfolgerungen, zu denen Schiffer kommt, sollen herausgearbeitet werden: Die Frage, ob der Sturm über Deutschland mit zweckbestimmten Eingriffen nach Art der Notverordnungspolitik beschworen werden kann, wird verneint. Auch mit klugen Maßnahmen zur Einigkeit ist nach Schiffers Meinung beim letzten Stand der Dinge nicht getan. Allerdings steht auch er in der Desorganisations des Parteiwesens die tiefste Ursache des heutigen Niederganges. Nicht mit Jammern und Schelten, sondern mit verfassungsmäßigen Reformen soll man den Auswüchsen des Parteieltes zu Weide rücken. Diese Kritik hält sich von radikalem Ueberchwang fern. Sie zielt nicht darauf ab, eine Einrichtung mit Stumpf und Stiel auszuräumen, die im modernen Staatswesen nun einmal unentbehrlich ist. Den grundlegenden Fehler sieht Schiffer darin, daß die Parteien gleichzeitig an einer eigenartigen Verbindung von Impotenz und Omnipotenz leiden, indem sie im Parlament verlagen, wo sie Entschlußkraft zu betätigen hätten, und außerhalb des Parlamentes, wo sie nichts zu suchen haben, sich die Herrschaft anmaßen. Die Parteilichkeit als Diktatur am unrechten Platz, das wird als Hauptübel unseres ganzen Verfassungslebens bezeichnet. Und der Ausweg, den Schiffer zeigt, besteht darin, daß der Staat grundsätzlich, nicht wie jetzt bei dringenden Anlässen vorübergehend und beschließmäßig, sein Votum geltend machen soll durch eine Ausweitung des Art. 148, die es rechtlich ermöglicht, „im Fall echter Not den Reichstag auch dann aufzulösen, wenn er nicht durch Gewalt verhindert ist, seinen Voten zu bestehen, sondern aus innerer Schwäche nicht auf dem Votum ist“. Voller wird nicht gesagt, wie man die Parteien, die nun einmal das Heft in der Hand haben, zur Selbstbeileidung überreden oder zwingen soll.

Der andere Ausweg, den die nationale Opposition weiß, indem sie das herrschende System überwinden und den Staat

*) Sturm über Deutschland. Von Dr. Eugen Schiffer, Verlag von Otto Liebmann, Berlin.

Ein Sozialist verteidigt Frankreichs Aufrüstung

Berlin, 4. März. (Eigene Drahtmeldung.) Einer der tätigen Angehörigen der Sozialistischen „Deutschen Friedensgesellschaft“ ist der Reichstagsabgeordnete Strödel, der jetzt nach seinem Ausschcheiden aus der Sozialdemokratie der Sozialistischen Arbeiterpartei angehört. Dieser Abgeordnete läßt keine Gelegenheit vorübergehen, bei der er nicht dem eigenen Vaterland bei internationalen Verhandlungen über lebenswichtige Fragen in den Rücken fällt. Die Genfer Abrüstungskonferenz gibt Herrn Strödel besonders erwünschten Anlaß zur Ausübung seiner üblen Nachenschaften. So schreibt er in dem Organ der „Deutschen Friedensgesellschaft“ u. a.:

„Daß Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei gegenüber Deutschland die Schwächeren sind, wenn eine auch nur annähernde Angleichung der Rüstungen stattfinden, bedarf für Lebende keines Beweises.“

In der gleichen Tonart setzt er sich, die französischen Interessen vertretend, dann mit den deutschen Abrüstungsvorschlägen auseinander. „Nach der Durchführung der deutschen Abrüstungsvorschläge würde Italien und vor allem Deutschland die beträchtlichste Ueberlegenheit besitzen. Es begreift sich deshalb, daß ganz Frank-

reich einschließlich der Sozialisten für diese Vorschläge nur die entschiedenste Ablehnung haben.“ In der

Verteidigung der französischen Rüstungspolitik

gegen das entwaffnete Deutschland geht Herr Strödel noch weiter, indem er das natürliche deutsche Verlangen nach Rüstungsgleichheit bekämpft, weil dafür weder in der Völkerbundslösung noch im Vertrag von Locarno eine Begründung vorhanden sei. Deutschland sei zur Innehaltung der Friedensverträge verpflichtet, deren einer Teil die Bestimmungen über die deutsche Abrüstung seien. „Zwar soll diese Abrüstung die Einleitung und Voraussetzung der allgemeinen Abrüstung bilden, aber ausdrücklich nur im Rahmen der nationalen Sicherheit. Auch ist von einer schematischen Rüstungsgleichheit gar keine Rede.“

Die deutschen Vorschläge sind also in der geforderten Form für die anderen Staaten weder annehmbar, noch sind sie ein Mittel der Friedenssicherung.

Sie würden nur neue schlimmere Ungleichheit und Unsicherheit schaffen.“ Das schreibt ein Mann, dessen Reichstagsreden von den deutschen Steuerzahlern aufgebracht werden müssen.

Nadolny berichtet dem Reichskanzler

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 4. März. Am Freitagvormittag fand in der Reichskanzlei eine Besprechung des Reichskanzlers Dr. Brüning und des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt v. Bülow, sowie der beteiligten Ministerien mit dem deutschen Delegierten für die Abrüstungskonferenz, Botschafter Nadolny, statt. Nadolny wird am Sonnabend dem Reichspräsidenten v. Hindenburg über die Genfer Verhandlungen Bericht erstatten. Die Besprechungen des Reichskanzlers mit dem Botschafter werden vorwiegend ebenfalls am Sonnabend, und zwar in Verbindung mit den Besprechungen, die auch der deutsche Botschafter in Paris, v. Goeth, mit dem Reichskanzler haben wird, fortgesetzt. Es liegt nahe, anzunehmen, daß diese Verhandlungen sich in erster Linie auf den augenblicklichen Stand der Abrüstungskonferenz, auf die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen und die Tardieu'schen Manöver hinsichtlich der Bildung einer Donauföderation erstrecken haben. Es hat auch den Anschein, als ob in Paris auch wegen der Tributfrage mit Deutschland wieder Fühlung genommen worden ist. Man versucht in Paris den Eindruck zu erwecken, als ob je nach dem Ausgang der Reichspräsidentenwahl die weiteren Besprechungen über die Tributfrage sich günstiger oder ungünstiger gestalten könnten. Derartige Versuche der Beeinflussung der Reichspräsidentenwahl durch Andeutungen über außenpolitische Verhandlungsmöglichkeiten sind auch im Jahre 1925 unternommen worden. Auch damals versuchte die fran-

zösische Presse durch allerlei Andeutungen über angeblich für Deutschland in Aussicht stehende Erleichterungen das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl zu beeinflussen. Diesmal beziehen sich die Voraussetzungen der französischen Presse einheitlich auf die Tributfrage, und zwar in dem Sinne, daß die Richtwiederwahl Hindenburg die weiteren Verhandlungen erschweren würden. Da zu erwarten ist, daß die französische Presse diese propagandistischen Manöver gerade in der nächsten Woche in verstärktem Maße fortsetzen wird, muß ihnen von Anfang an mit Schärfe entgegengetreten werden. Die Reichspräsidentenwahl ist eine rein innerpolitische Angelegenheit Deutschlands, und so wenig es Deutschland einfallen würde, auf französische Wahlen irgendwelchen Einfluss nehmen zu wollen, so wenig Recht hat auch Frankreich, sich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands zu mischen.

Furchtbare Bluttat in Prag

Prag, 4. März. Eine furchtbare Bluttat hat sich heute in den frühen Morgenstunden in einem Prager Wohnhaus in der Altstadt abgespielt. Der Pächter Dr. V. wurde mit seiner ganzen Familie im Schlaf überfallen. Seine alte Mutter wurde erstickt, der Gatte und seine Frau erlitten furchtbare Verletzungen über den Kopf; sie liegen im Sterben. Der neun Jahre alte Sohn wurde schwer verletzt. Die grauenvolle Tat hat ein Schwager des Gattinverlebens begangen, ein geistig Minderwertiger, der bereits in einer Irrenanstalt interniert gewesen ist.